



## **Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 5, 1.12.2009**

---

### **Neuorganisation der Trägerschaft im SGB II**

---

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2007 müssen die „Hilfen aus einer Hand“ für LeistungsempfängerInnen aus dem SGB II bis Ende 2010 auf rechtlich sichere Füße gestellt werden. Nachdem sich die neue Bundesregierung zunächst gegen eine Verfassungsänderung ausgesprochen hatte, beschloss nun die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder, sich weiterhin genau dafür einzusetzen. Und um das Chaos komplett zu machen, wurde Jung als Arbeits- und Sozialminister inzwischen durch die „alte“ Familienministerin Ursula von der Leyen ersetzt, die sich bislang noch nicht zu diesem Thema geäußert hat. In diesem Newsletter informieren wir Sie erst einmal über den bisherigen Stand der Diskussion.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin*

### **Aussicht auf Fortbestand der Jobcenter? Bundesregierung kündigt neues Eckpunktepapier an**

Bevor die Arbeits- und SozialministerInnen der Länder unter dem Vorsitz von Bayerns Arbeits- und Sozialministerin Christine Haderthauer am 25. und 26. November zu ihrer jährlichen Konferenz in Berchtesgaden zusammen kamen, hatte die Bundesregierung ein Eckpunktepapier zur „Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II“ vorgelegt und darin die getrennte Aufgabenwahrnehmung sowie die Verstetigung der kommunalen Option angekündigt.

[http://www.bmas.de/portal/24444/2008\\_\\_02\\_\\_14\\_\\_kooperative\\_\\_jobcenter.html](http://www.bmas.de/portal/24444/2008__02__14__kooperative__jobcenter.html)

Diese Position ist aus grüner Sicht äußerst kritisch. Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion warnt vor den Folgen einer möglichen Auflösung der Bremer Agentur für Integration und Soziales (BAGIS) und des ArGe Jobcenters Bremerhaven. „Das Bundesverfassungsgericht hat die Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagentur und Kommune für verfassungswidrig

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

erklärt, weil Aufgaben des Bundes und der Kommunen vermischt werden. Um die derzeitigen Strukturen und Abläufe beibehalten zu können, hätte der Bundestag eine Verfassungsänderung beschließen müssen. Das hat die neue schwarz-gelbe Bundesregierung aber ausgeschlossen und sich damit gegen die notwendigen „Hilfen aus einer Hand“ für die betroffenen Arbeitslosen entschieden. Für die Menschen wäre es darum gegangen, die Arbeit der BAGIS besser zu machen und auf verfassungsrechtliche Grundlagen zu stellen. Stattdessen zerschlägt die schwarz-gelbe Bundesregierung Strukturen zu Lasten der Menschen. Das schafft weitere Verunsicherung bei den BAGIS-Beschäftigten und bei den Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Durch ihre Untätigkeit lässt die Bundesregierung die BAGIS ins offene Messer laufen und beweist, dass sie nicht an der Seite der Betroffenen steht“, betont Silvia Schön.

Und weiter: „Wenn die BAGIS und die ArGe wieder in zwei unterschiedliche Behörden aufgespalten werden, entstehen einerseits erhebliche Mehrkosten für das Land Bremen, ohne dass der Service und die Leistungen für die Betroffenen besser werden. Andererseits wird die Verlässlichkeit auf der Strecke bleiben, wenn die Betroffenen am Ende zwei unterschiedliche Bescheide von der Kommune und der Arbeitsagentur bekommen, die sich widersprechen. Das ist ein schwarz-gelbes Vorhaben, das nicht an der Seite der Menschen steht. Wir werden alles dafür tun, dass unter diesen Bedingungen die bestmögliche Lösung für Menschen in Bremen und Bremerhaven herauskommt.

Siehe Pressemitteilung:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/313/313233.schwarzgelb\\_interessiert\\_sich\\_nicht\\_fuer.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/313/313233.schwarzgelb_interessiert_sich_nicht_fuer.html)

Seit der Arbeits- und Sozialministerkonferenz scheint es jedoch eine Öffnung zu geben: Die anstehende SGB II-Reform wurde dort über zwei Stunden lang intensiv diskutiert mit dem Ergebnis, dass der zu dem Zeitpunkt noch amtierende Bundesminister Jung zusagte, die Forderungen der Länder in ein neues Eckpunktepapier einzubeziehen, das in Kürze vorgestellt werden soll.

Den Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz, die Jobcenter durch eine Verfassungsänderung weiterhin zu ermöglichen, kommentiert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön so: „Die Bundesregierung hat selbst im eigenen Lager keinen Rückhalt für ihren unverantwortlichen Plan, die ‚Hilfen aus einer Hand‘ zu zerschlagen. Gerade in der Wirtschaftskrise benötigen die betroffenen Menschen schnelle und verlässliche Hilfe. Da wäre es fatal, wenn sich die Arbeitsverwaltung stattdessen mit sich selbst beschäftigen muss. Wir Grüne sehen uns durch den parteiübergreifenden Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz in unserer Position gestärkt, dass die ‚Hilfen aus einer Hand‘ weiter möglich bleiben müssen. Die Bundesregierung muss endlich von ihren Plänen ablassen, die zu Lasten von Millionen Menschen gehen.“

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie hier:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/316/316616.jobcenter\\_bundesregierung\\_muss\\_endlich\\_e.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/316/316616.jobcenter_bundesregierung_muss_endlich_e.html)

Und hier die Pressemitteilung der grünen Bundestagsfraktion zum Thema:

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

[http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/316/316611.jobcenter\\_verfassungsaenderung\\_statt\\_koo.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/316/316611.jobcenter_verfassungsaenderung_statt_koo.html)

### **AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:**



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin  
[silvia.schoen@gruene-bremen.de](mailto:silvia.schoen@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher  
[frank.willmann@gruene-bremen.de](mailto:frank.willmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit  
[andrea.quick@gruene-bremen.de](mailto:andrea.quick@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa  
[christine.moeglin@gruene-bremen.de](mailto:christine.moeglin@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.